

MEDIENRHETORIK

KOMMUNIKATIONS-TRAINING

VON MARCUS KNILL.

MISSVERSTÄNDLICHE ANTWORTEN VERMEIDEN



Ihre Antwort erinnert uns an den Vorwurf nach den ersten Amtswochen: Die neue Bundesrätin informiere zu schnell.

Eine unvollständige Antwort hat Folgen

In der österreichischen Tageszeitung Die Presse vom 6. September gab Bundesrätin Calmy-Rey ein Interview. Darin nahm die Aussenministerin Stellung zur Auseinandersetzung im UN-Sicherheitsrat um die Zukunft des Irak.

Frage:
"Wo steht Bern im Streit USA–Europa?"

Antwort:
"Auf Seiten Frankreichs und Deutschlands."

Eine Begründung dieser heiklen Parteinahme fehlt. Die Antwort ist zwar kurz und knapp. Verschiedene Nationalräte (Lachat, Reimann, Merz) beanstandeten postwendend diese eindeutige Antwort. Sie sahen darin eine Verletzung der Neutralitätspolitik. Nur Parteikollege Gysin nahm die Bundesrätin in Schutz: "Die Neutralitätsfrage stellt sich gar nicht, da die USA, Deutschland und Frankreich gar nicht im Krieg stehen." Calmy-Reys Satz ist ein Teil

eines längeren Interviews über die Schweizer Aussenpolitik im Rahmen ihres Besuches bei der österreichischen Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner. Es steht heute fest: Der Text wurde von Calmy-Reys Stab autorisiert. Unter dem Titel: "Die Schweiz soll lauter werden", plädierte Calmy-Rey für ein stärkeres Auftreten der Schweiz auf der weltpolitischen Bühne: "Wenn wir ganz leise sind, hört uns niemand, sind die Interessen der Schweiz nicht gewahrt", sagt sie, bevor sie die umstrittene Aussage zum Besten gibt.

Analyse

Nach NZZ am Sonntag vom 14. September ist die Antwort nicht abgestützt im aktuellen geopolitischen Kontext des Bundesrates. (Nach Vizekanzler Achille Casanova ist die Irak-Frage in den letzten Monaten nicht mehr diskutiert worden. Vor Monaten habe man sich für eine völkerrechtskonforme Lösung ausgesprochen.) Wenn diese Antwort intern nicht sanktioniert ist, kann man deshalb beim vorliegenden Missverständnis nicht mehr nachträglich geltend machen, die Aussage beziehe sich "auf den völkerrechts-

widrigen Angriff der Koalition im Irak und auf sonst gar nichts" (Begründung des diplomatischen Beraters, Botschafter Urs Ziswiler). Damit steht eindeutig fest: Diese wichtige Zusatzinformation fehlt im Interview. Kurze Antworten sind zwar im Umgang mit Medien erwünscht, doch können Antworten auch zu kurz sein. Bei heiklen Fragen sind Zusatzinformationen ein Muss. Sie sind "der Rede wert". Mit einer Zusatzbemerkung hätte der Aussenministerin nicht vorgeworfen werden können, sie beziehe Position gegen die USA.

Erkenntnis

Die Erkenntnis: Missverständnisse lassen sich mit zusätzlichen Begründungen reduzieren.

Medienrhetorik

In dieser Rubrik analysiert Medienpädagoge und Kommunikationsberater Marcus Knill (knill.com, rhetorik.ch) aktuelle Geschehnisse aus dem Bereich Medienrhetorik.

Die missverständliche Antwort zu den geforderten Lösegeldern

Nach der Freilassung der verschleppten europäischen Sahara-Touristen gab es erwartungsgemäss heisse Fragen zu der Lösegeldproblematik. Das EDA und Aussenministerin Calmy-Rey gaben vor dem 20. August über die Verhandlungen keine Stellungnahme ab. Die Antwort lautete immer: "Kein Kommentar!" Bei der Befragung von Parlamentariern in 10 vor 10 vom 12. August dominierte die Meinung: Bei Entführungen dürften keine Lösegelder bezahlt werden. Sonst wüssten die Entführer, wie wertvoll ein Schweizer ist! Nachahmungstäter würden zu weiteren Entführungen animiert.

Nach unbestätigten Medienberichten soll eine Summe von rund 4,6 Millionen Euro für die Freilassung der Geiseln bezahlt worden sein. Experten schätzen diese Summe als realistisch ein. Bei aller Freude über die Freilassung der Geiseln war es für die Medien Pflicht, hinsichtlich Lösegeldzahlungen Fragen zu stellen:

- Wurden tatsächlich Lösegelder bezahlt?
- Falls ja, wie viel?
- Wer hat die Gelder bezahlt?
- Müssen die Schweizer Touristen den Betrag oder einen Teil davon zurückbezahlen? (Sie setzten sich mit der Wüstentour selbst einem bekannten Risiko aus und waren nicht im Auftrage des Bundes unterwegs.)
- Was kostet die ganze Befreiungsaktion den Steuerzahler?
- Wird Mali durch Aufstockung der Entwicklungshilfe die Summe vergütet?
- Welcher der beiden Grundsätze hat in der Schweiz Vorrang: Der Staat darf sich nicht erpressen lassen, oder: Der Staat ist für den Schutz des Lebens und der Gesundheit seiner Bürger verantwortlich? Wie wird dieser Zielkonflikt gehandhabt?
- Dürfen die befreiten Geiseln ihre Einnahmen für Medienauftritte, Filmgagen, Buchhonorare für sich behalten?

Uns interessierte das Antwortverhalten der Aussenministerin aus medienrhetorischer Sicht.

Offizieller Auftritt vor den Medien

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Mitglieder des Krisenstabs und zwei Angehörige traten am 20. August in Kloten vor die Medien. Direkt mit der Behauptung konfrontiert, die Schweiz habe die Geiseln freigekauft, lachte

Micheline Calmy-Rey und entgegnete, die Frage basiere auf einer inakzeptablen Hypothese, die sie nicht kommentieren könne:

"Ich werde heute und in Zukunft keine weiteren Informationen über die Umstände der Geiselnahme und die Befreiung abgeben", stellte die Bundesrätin klar und sprach dann von dem guten Verhältnis zu Mali.

Analyse

Es ist verständlich: Die Aussenministerin darf über die Verhandlungen nichts sagen. Sie umschreibt bei der Medienorientierung das "No comment" in einer verständlichen, konsequenten Form. Sie wiederholt das "No comment" mit einer Andeutung. Sie sagt, warum sie nichts sagt und nutzt die Chance, eine andere Kernaussage zu vermitteln (Beziehung zu Mali). Dass jedoch eine Hypothese "inakzeptabel" sein muss, darf bezweifelt werden.

Im Umgang mit den Medienschaffenden werden wir ständig mit Hypothesen konfrontiert. Journalisten werden und dürfen Hypothesen aufstellen. Das müssen wir akzeptieren. Die Bundesrätin darf nur nicht darauf eingehen.

Akzeptieren heisst für uns: "Ich verstehe, dass du Hypothesen aufstellt. Aber ich gehe nicht darauf ein."

Ferner: Dass die Aussenministerin "in der Zukunft" nichts sagen wird, darf bezweifelt werden. Denn am 20. August stand bereits fest, dass Maximilian Reimann in der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates die Lösegeldfrage zur Sprache bringen würde. Mit dem Versprechen "Ich werde auch in Zukunft nichts sagen" engt sich die Ministerin unnötigerweise ein.

Wenn sie später doch etwas sagen muss? Bei einem Informationsleck beispielsweise, müsste sie es bestimmen!

Wie vermutet, nahm die Bundesrätin kurz darauf doch Stellung zu der Kostenbeteiligung der befreiten Geiseln. Nach Aussage von Maximilian Reimann (Samstags-Rundschau vom 23. August, Radio RRS) gab die Aussenministerin vorschnell bekannt, die Betroffenen müssten gar nichts bezahlen. Diese Antwort erinnert uns an den Vorwurf nach den ersten Amtswochen: Die neue Bundesrätin informiere zu schnell.

Neue Sequenz

Am Mittwochabend, 20. August – nach der Rückkehr der Geiseln – wurde die heikle Thematik bereits im ersten Rundschau-Beitrag

angesprochen. Michael Lüders, ein Islamspezialist in Berlin, äusserte darin die Ansicht: "Lösegeld wurde bezahlt. Über die Höhe kann man nur spekulieren. Genannt wird die Summe von 5 Millionen Euro. Aber – wie gesagt – wir wissen keine genauen Zahlen."

Bundesrätin Calmy-Rey wurde hierauf vom Rundschau-Team beim Marschieren überraschend mit der Frage konfrontiert:

"Können Sie uns kurz etwas über die Entführer sagen?"

Calmy-Rey:

"Nein" (lächelt). "Kein Kommentar" (will weitergehen).

Journalist (greift sofort nach):

"Über Lösegeld?"

Calmy-Rey (schaut weg):

"Nein, kein Kommentar."

Trotzdem geht die Aussenministerin beim Wegschreiten auf die Anschlussfrage ein.

Journalist:

"Stimmt es, Frau Calmy Rey, dass Mali ..."

Calmy-Rey (schaut rasch zurück wartet die ganze Frage nicht ab und sagt in französischem Akzent):

"Ich glaube nicht, dass ich Ihnen antworten werde."

Journalist fährt nahtlos fort:

"Dass Mali ..."

Calmy-Rey unterbricht erneut (mit bewusster Freundlichkeit):

"... auf solche Fragen antworten werde."

Journalist (blitzschnell) :

"Dass Mali nächstes Jahr mehr Entwicklungshilfe bekommt? Stimmt es?"

Calmy-Rey (bleibt stehen):

"NEIN. – Also – ich – Sie glauben doch nicht, dass ich solche Fragen beantworten werde" (wendet sich mit aufgesetztem Lächeln ab).

Analyse

Es ist auch bei dieser Sequenz verständlich, dass die Aussenministerin nichts sagen darf, falls Lösegeld bezahlt wurde. Dass unter den gegebenen Umständen eine überfallartige Befragung sehr heikel ist, ist ebenfalls nachvollziehbar. Das zeigt sich im Sprechfluss – in der Hektik – an den fehlenden Pausen und Wortwiederholungen. Trotz ▶

des Lächelns (die Ministerin zeigt auf freundliche Art die Zähne) dominiert bei der kurzen Sequenz eine sonderbare Ruhelosigkeit, Unwilligkeit. Es fehlen Pausen, Denkpausen. Alles folgt Schlag auf Schlag. Es wird zu schnell geantwortet.

Diese Stimmung macht uns bewusst: Die Bundesrätin ist in einem Dilemma! Die Situation zwischen Tür und Angel schafft zusätzlichen Druck (Zeitdruck). Obschon Micheline Calmy-Rey die Medienpräsenz liebt und pflegt, darf sie in dieser Situation nichts sagen. Dies muss einer Politikerin schwer fallen, die bis anhin immer eine offene Informationspolitik auf ihre Fahne geschrieben hatte.

Es wird in Fachkreisen angenommen, dass die Regierung in Bern die Lösegelder nicht direkt bezahlt hat. Aus guten Gründen: Ein Staat darf sich nicht erpressen lassen. Die Gefahr der Nachahmungstäter wäre zu gross. Heikel ist aus unserer Sicht das "NEIN" der Bundesrätin auf die Frage: "Stimmt es, dass Mali Gelder aus der Entwicklungshilfe bekommt?" Vielleicht hatte die Bundesrätin mit dem NEIN ein: "Nein, ich will nicht antworten" im Kopf. (Sie spricht meist französisch.) So wie es aber vor dem Mikrofon formuliert wurde, bezieht sich das NEIN eindeutig auf die Entwicklungshilfgelder. Falls trotz Informationssperre später durchsickern würde, dass doch Gelder in irgendeiner Form über den Entwicklungsfond bezahlt worden wären, hätte die Bundesrätin ein echtes Problem: Denn mit dem NEIN hatte sie ungewollt eine Antwort gegeben. Das NEIN heisst nämlich: Es wurden keine derartigen Zahlungen geleistet! In der Krisenkommunikation gilt der hilfreiche Merksatz: Jedes Wort, das gesagt wird, muss wahr sein. Aber nicht alles, was ich weiss, muss gesagt werden.

Mit dem raschen NEIN gibt die Bundesrätin preis: Mit dem Hinweis, "Mali werden KEINE Zahlungen mit Entwicklungshilfgeldern gemacht", hat sie damit das "No comment" gebrochen. Es bleibt zu hoffen, dass diese bedeutende Eingrenzung mit dem NEIN zutrifft. Sonst hätte die Bundesrätin nicht die Wahrheit gesagt.

Zur Wirkung der Bundesrätin vor den Medien: Verena Vonarburg, Journalistin des Tagesanzeigers, schrieb: "Calmy-Rey lächelt und küsst nochmals. Sonst aber wirkt die Bundesrätin zurückhaltend, zerbrechlich, schüchtern fast. Sie liest ab, was an Fakten für die Öffentlichkeit zugelassen ist. Die Schultern hängen im moosgrünen Jackett. Die Sonnenblumen auf dem Tisch vor ihr hängen auch. Ganz anders der Chef des Krisenstabes, Peter Sutter. Er verströmt die Gelassenheit des Erfolgreichen und Routi-

nierten. Er spricht frei, erzählt souverän von der vollbrachten Arbeit ..."

Diese Beschreibung bestätigt unsere Vermutung, dass es der Bundesrätin im "No-comment-Verhalten" nicht wohl war und macht uns erneut bewusst: Die Körpersprache sagt oft mehr aus als Worte.

Erkenntnis

(Antworten zu den Lösegeldern) Die Bundesrätin hätte ruhig und ohne Hektik dauernd wiederholen können: "Sie begreifen, dass wir dazu nichts sagen können."

Eine Überraschungsfrage darf in dieser heiklen Situation weder mit "Ja" noch mit "Nein" beantwortet werden. Wer nicht informieren darf, sollte höchstens begründen, warum er nichts sagen darf – mehr nicht!

Fazit

Antizyklisches Verhalten lohnt sich vor allem in Stresssituationen. Wenn jemand hetzt, sollten wir das Tempo bewusst verlangsamen. (Gemäss dem Motto: "Taxifahrer, fahren Sie langsam! Ich habe es eilig!") Wer gedrängt wird, sollte immer zuerst innehalten (warten, innehalten) und überlegen. Personen, welche das antizyklische Verhalten nicht geübt haben, lassen sich vor Mikrofon und Kamera hetzen. Bei der Beschleunigung funktioniert dann plötzlich die Bremse nicht mehr. Mit anderen Worten: Nur wer überlegt, bleibt überlegen. Wir hoffen, dass Calmy-Reys Berater diesen Lernpunkt mit der Magistratin bereits ausführlich besprochen hat. Das Medienverhalten der Aussenministerin anlässlich der Botschafterkonferenz war hernach so, als hätte die Bundesrätin nach der Rundschau-Antwort ein Debriefing gemacht. Jedenfalls hatte sie in 10 vor 10 (SF DRS vom Mittwoch 26.8.) bei einer analog überfallartigen Befragung bereits professioneller reagiert.

Im Bericht wurde erwähnt, dass der Bundespräsident seine Machtposition ausbauen möchte. Er plädierte für ein mehrjähriges Verbleiben im Amt als Bundespräsident.

Situation

Journalist:

"Frau Calmy-Rey, hat Ihnen der Bundespräsident den Tarif durchgegeben?"

Bundesrätin Calmy Rey:

"Ich verstehe Ihre Frage nicht."

Journalist:

"Er will Ihnen sagen, dass ..."

Calmy-Rey:

"Ich bin froh, dass er ..." (Sie sprach über den Bundesratskollegen Couchepin).

"Ich werde ihm sagen, dass ..."

"Ich werde ihm danken für ..." usw.

Analyse

Bei diese Szene gewinnt die Aussenministerin Bedenkzeit. Das Nichtverstandene könnte eine bewusste Taktik sein, um Zeit zu gewinnen. Die Redewendung "den Tarif durchgeben" ist sehr wahrscheinlich für eine Genferin unverständlich. Die Klärungsfrage war für sie ein Muss! Geschickt war in diesem Fall die Taktik des Antwortens. Die Aussenministerin griff ihren Kontrahenten nicht an. Sie dankte ihm für das Interesse an der Diplomatie. Raffiniert ist zudem die Art und Weise, wie sich die Bundesrätin über den Bundespräsidenten stellt.

Mit den "Ich"-Aussagen begibt sie sich auf eine höhere Ebene. "Ich werde usw." Diese Ich-Aussagen verdeutlichen: ICH bin die Aussenministerin. ICH habe das Sagen in diesem Bereich. ICH werde entscheiden. ICH danke dem Präsidenten für sein Interesse usw..

Generelle Erkenntnis

Zwischen Tür und Angel dürfen wir uns nie in Gespräche einlassen, insbesondere dann nicht, wenn klipp und klar gesagt wurde: "Darüber kann ich keine Auskunft geben!"

Fazit

Ein NEIN bleibt ein NEIN. Konsequentes Antwortverhalten macht sich bezahlt.

Zusatzbemerkung: Bunderätin Calmy-Rey kommt beim Publikum generell recht gut an. Sie wurde bislang von der Boulevardpresse entsprechend wohlwollend behandelt. Wer jedoch immer wieder zu offensiv und vor schnell informiert, läuft Gefahr, sich früher oder später Probleme einzuhandeln. ■